

Folgen einer demonstrativen Erkenntnisverweigerung

Verspätete und nachholende Integrationspolitik



Foto: Erich Malter

Prof. Dr. Klaus J. Bade ist Direktor des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück (www.kjbade.de).

Deutschland ist eine verspätete Nation in Sachen konzeptorientierter Migrations- und Integrationspolitik. Erst das seit Jahresbeginn rechtskräftige Zuwanderungsgesetz hat beide Dimensionen strategisch zusammengebracht. Das Gesetz (s. auch Seite 20) hat dem breiten Konsens geschuldete Mängel – ohne Punktesystem für Zuwanderung, ohne gesetzlich verordnete wissenschaftliche Begleitung (Zuwanderungsrat). Es ist trotzdem ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und eine solide Plattform, auf der nach gemachten Erfahrungen weitergebaut werden kann. Aber das Zuwanderungsgesetz kommt rund ein Vierteljahrhundert zu spät. Man konnte schon Anfang der 80er Jahre in mancherlei Schriften – auch solchen des Verfassers dieses Artikels – den Nachweis finden, dass Deutschland auf dem Weg zum Einwanderungsland sei und die dringende Mahnung, Migrations- und Integrationspolitik endlich als zentrale Gestaltungsbereiche der Gesellschaftspolitik eines Einwanderungslandes zu erkennen und zu politischen Mainstream-Themen zu machen. Damals siegte, was ich *demonstrative Erkenntnisverweigerung* nannte. Mancherlei soziale Folgen mangelnder fördernder Begleitung von Integrationsprozessen können wir heute besichtigen.

Das gilt besonders für die zweite und dritte Einwanderergeneration jener, deren Großeltern man einmal abschätzig „Gastarbeiter“ nannte: Viele Jobs der angeworbenen und gebliebenen, un- und angelernten Pionierwanderer entfielen, aber die nötigen Förderprogramme als Eintrittskarten in die beruflich-sozialen Fahrstühle blieben aus. Auch deswegen, nicht nur der sozialen Herkunft wegen, sind die Bildungsabschlüsse dieser Einwanderer nach wie vor deutlich niedriger und die Arbeitslosenzahlen deutlich höher. Programme, die wir heute „Fördern und Fordern“ nennen, hätten uns vieles ersparen können. Aber geredet wurde in den frühen 80ern vor allem über „Rückkehrprämien“ und bestenfalls über „soziale Integration auf Zeit“. Die Proteste dagegen und die Warnungen vor den Folgen dieser sozialen Kurzschlusspolitik sind heute vergessen. Retrospektive Besserwisseri und klagende Selbstbeschreibungen helfen nicht weiter. Integrationspolitik muss nach vorne blicken, sie sollte aber auch integrationspolitische Versäumnisse der Vergangenheit bewusst annehmen und im Rahmen nachholender Integrationspolitik in ihren negativen Folgen zu begrenzen suchen: Nachholende Integrationspolitik kann, wie präventive Integrationspolitik bei der so genannten Erstintegration, die Eigendynamik des Integrationsprozesses nicht ersetzen, sondern nur fördernd begleiten. Sie zielt darauf, steckengebliebene Integrationsprozes-

se wieder in Gang zu bringen und ist orientiert an dem Ziel der nachträglichen Eröffnung von Chancen zu einer möglichst gleichberechtigten Partizipation an allen gesellschaftlichen Teilbereichen.

Das gilt vor allem für erstens die sprachliche Integration; zweitens die ohne diese Voraussetzung kaum erreichbare soziale Integration; drittens die kulturelle Integration einschließlich des sich Einlebens in die Grundwerte der Rechtskultur; viertens die ökonomische Integration: den Zugang zum Arbeitsmarkt und, vor allem bei jüngeren Menschen, fünftens die Voraussetzungen dazu in Gestalt von familiärer Erziehung, schulischer Bildung und beruflicher Ausbildung bzw. Qualifikation.

Zeit ist keine mehr zu verlieren – sonst könnte das bislang glücklicherweise zumeist gegenstandslose Menetekel des ersten bundesdeutschen Ausländerbeauftragten, des ehemaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten *Heinz Kühn*, vom Ende der 70er Jahre in einigen Bereichen doch noch Wirklichkeit werden: Was man heute nicht in die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien investierte, hatte Kühn damals gewarnt, das müsse man unter Umständen später für Resozialisierung und Polizei bezahlen. Wenn diese düstere Prophezeiung trotz eines Vierteljahrhunderts integrationspolitischer Investitionsverweigerung nicht eingetreten ist, dann ist das weniger der deutschen Integrationspoli-

tik als der friedlichen alltäglichen Integrationsbereitschaft der Menschen mit Migrationshintergrund zu verdanken.

Das muss aber bei denen, die sich ausgeschlossen fühlen, nicht so bleiben. Und einschlägige Alarmsignale sind unübersehbar: Die Aggressivität von unzureichend integrierten Jugendlichen mit Migrationshintergrund wächst. Jeder vierte jugendliche Intensivtäter ist heute ein Aussiedler bzw. Spätaussiedler. Und Jugendliche ohne Migrationshintergrund antworten mit steigender ethno-nationalistischer bzw. völkischer Orientierung und als Selbsthilfe verstandener Abgrenzung gegen „Russen“, „Türken“ und „Migranten“ bzw. zugewanderte „Fremde“ überhaupt. Das gilt nicht nur für Neonazis, denen der aktuelle Verfassungsschutzbericht einen Zuwachs um 25 Prozent im letzten Jahr bescheinigt. Es gilt auch für zahlreiche neue Rechtsorientierungen im Vorfeld parteipolitischer Bindungen. Die Polarisierung wächst und die Chancen nachholender Integration nehmen auf der Zeitachse ab, bei unverhältnismäßig steigenden sozialen Kosten. Gewarnt sei vor erneutem fahrlässigen Zuwarten und vor menschenfreundlichem Schönreden in falsch verstandener politischer Korrektheit an der Grenze zur philanthropischen Heuchelei.

Klaus Bade